

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 204

Hauptredakteur: Dr. Goerth, Leipzig

Dienstag, den 4. Mai

Verlag: Dr. Reinhold &amp; Co., Leipzig

1920

## Buch zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt

### Sächsische Volkskammer

Drahtbericht unserer Dresden Schriftleitung

△ Dresden, 4. Mai.

Die Leibhünen sind gut besetzt. Am Ministeramt die Minister Dr. Seydel, Dr. Reinhold, Heldt und Schwartz. Nach Verleistung der Eingänge werden die anwesenden Mitglieder der Volkskammer durch Namenstanz festgestellt. Es sind von 88 Abgeordneten 80 anwesend. Nach dem vorläufigen Grundgesetz für den Freistaat Sachsen kann der Präsident bei zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt werden. Abg. Wirth (Soz.): Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion schlagen wir den Stadtrat Buch zum Ministerpräsidenten vor. Buch war früher, wie Sie alle wissen, Kultusminister und ist Ihnen allen bekannt.

### Das Wahlergebnis

Darauf werden die Stimmzettel eingesammelt. Die Auszählung ergibt für Buch 62 Stimmen, unbeschieden sind 15 Jettel, 12 laufen auf Hofmann (Döschner) und 1 auf Menschen (Ansbach)-Dresden. Buch ist somit zum Ministerpräsidenten gewählt.

Ministerpräsident Buch: Meine Herren, ich danken Ihnen für das mir bewiesene Vertrauen. Ich nehme die Wahl an. Ich bringe in mein neues Amt eiserne Willen und eisernen Fleiß und werde den Versuch machen, die mir gestellte schwere Aufgabe zu erfüllen. Nach § 12 des vorläufigen Grundgesetzes ist nun meine Pflicht, meine Mitarbeiter zu berufen. Ich werde die Beratungen fortsetzen und Ihnen morgen das neue Ministerium vorstellen, ebenso werde ich Ihnen ein kurzes Regierungssprogramm vorlegen.

Präsident Gräfendorff: Es gäbe sich wohl, daß wir dem schiedenden Ministerpräsidenten Dr. Grädnauer für seine mühevolle aufopferungsreiche Tätigkeit in 14 Monaten unser Dank aussprechen. Dr. Grädnauer hat sich in selbstloser Weise mit bestem Willen und Können in den Dienst des Staates gestellt und hat sogar über seine Rechte gearbeitet. Wir wünschen ihm, daß er sich erholen möge und sagen ihm nochmals unsern besten Dank.

Darauf steht der Ministerpräsident die nächste Sitzung auf Donnerstag den 12. Mai, nachmittags 1 Uhr an. Tagesordnung: 1. Antritt des neuen Ministeriums und eine Regierungserklärung. 2. Antrag Vorberuf über die Wahlen zur Volkskammer. Damit ist die Tagesordnung eröffnet. Schluss 3 Uhr.

### Zur Vorgeschichte der Regierungsumbildung

△ Dresden, 4. Mai. (Drahtbericht unserer Dresden Schriftleitung.) Aus der Vorgeschichte der Regierungsumbildung in Sachsen erfahren wir folgendes: Eine Art, die von dem demokratischen Abgeordneten Koch während der Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Sachsen mit Bezug auf den vielbesprochenen Artikel des stellvertretenden Präsidenten der Volkskammer, Dr. Dietel, in die Presse gegeben worden ist, hat verdecktlos, nämlich demokratischen Wähler, Anlaß zu allerhand Vermutungen und Schlussfolgerungen gegeben. Man behauptet, daß die Notiz das Ergebnis von stürmischen Aussprüchen gewesen, daß sie von der Fraktion offiziell herausgegeben, ja Dr. Dietel gezeichnet worden sei, sie mitunterzeichneten, daß er also ein „politisches Charakter“ an sich vollzogen habe. Die „Dresdner Volkszeitung“ nimmt auch an, daß Dr. Dietel mit einer bedeutungslosen Mehrheit des Sachsenhauses völlig allein gesiegt und sein Vorgehen überhaupt völlig bedeutungslos gewesen sei.

Das alles sind, wenn nicht abhängige Entstellungen, völlig unrichtige Kombinationen. Der Sachverhalt ist folgender: Die Aussprache

in der demokratischen Fraktion war trotz ehwaltender Meinungsverschiedenheiten durchaus ruhig und sachlich. Neben Dr. Dietel vertrat der Abg. Dr. Mende-Güldert die Forderung der Neuwahlen. In der Abstimmung erklärten sich für den Antrag auf Neuwahlen mit dem Ziel der weiteren Koalition 6 Mitglieder der Fraktion. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion erklärt sich über durchsetzung einverstanden mit der Forderung Dr. Dietels, wonach der sozialdemokratischen Fraktion Garantien zu verlangen, die die schuldige und fahrlässige Nachschlagsmaße auf den anderen Teil der Koalition verhindern müsse. Auf den gleichen Standpunkt stellte sich auch der Landesanschluß der demokratischen Partei. Nachdem ein Antrag gegen die Stimmen der sozialistischen und überzähligenden Delegierten auf Neuwahlen abgelehnt worden war, wurde gegen 4 oder 5 Stimmen ein Antrag Dr. Dietels angenommen, der die Fraktion erachtete, in die neue Regierung an die sozialdemokratische Fraktion bestimmlich formulierte Forderungen zu stellen. Der offizielle Bericht über die Sitzung des Landesanschusses enthält in bezug darauf den Satz:

„Als selbstverständliche Voraussetzung für das Verbleiben in der Koalitionsregierung wurde es bezeichnet, daß das Programm der neuen Regierung in keiner Hinsicht im Widerspruch steht mit den Grundsätzen der demokratischen Demokratie.“

Voller Klarheit darüber erschien dem Landesanschluß ebenso unerlässlich wie die volle Übernahme der Gewähr für die Erfüllung dieser Forderungen durch die sozialdemokratischen Fraktionen. In der gemeinsamen Sitzung mit der sozialdemokratischen Fraktion erklärten zunächst alle sozialdemokratischen Redner, in formeller Beziehung auf die koalierte Fraktion voran die schuldige Nachschlagsmaße zu nehmen, insbesondere bei allen einzubringenden Vorlagen und Abstimmungen, und bei wichtigen Aktionen sie nicht vor vollenständigen Lässchen zu stellen, sondern sie davon zu benachrichtigen. Schließlich wurde ein Protokoll ausgearbeitet, das als Ergebnis der Besprechungen sachliche Übereinstimmung darüber feststellt, daß die sächsische Gesetzgebung im Einklang mit der Reichsverfassung bleibe, was durch die Arbeitserden, Aktionsausschüsse usw. kein Eingreifen in den Verwaltungskörper zuläßt und daß der Ausbau des demokratischen Staatsgedankens zu erfolgen hat. Auf die gemeinsame Feststellung dieser demokratischen Forderungen vor der Besprechung über die Wahl Dietels gerichtet und nicht vorherhin die Bemühungen Dr. Dietels gerichtet und nicht im entferntesten, obwohl das die „Dresdner Volkszeitung“ erwartet zu unterstellen sucht, auf die Beratung der Koalition. Die Mehrheit der Fraktion war mit Dr. Dietel in der Ansicht einig, daß mit dem Ausstanz des erwähnten Protokolls diese Ziele völlig erreicht seien.

### Der Chemnitzer Arbeiter- und Volksgesetzrat aufgelöst

Chemnitz, 4. Mai. (Eig. Drahtmeldung.) Eine am Montag im Kaufmännischen Vereinshaus abgehaltene Volksversammlung der Arbeiter- und Angestellten-Vertreterdelegierten nahm Stellung zu dem bereits erfolgten Austritt der sozialdemokratischen Mitglieder aus dem bissigen Aktionsausschuß. Nachdem die Führer der drei sozialdemokratischen Parteien zu der geschaffenen Situation das Wort ergriffen hatten, wurde der die Auflösung des Arbeiterrates und des Volksgesetzrates betreffende Antrag gegen 3 Stimmen angenommen.

Zur Erledigung der noch harrenden Aufgaben wurde eine aus den drei politischen Parteien zusammengesetzte lebensfähige Abwicklungs-kommission bestimmt.

### Rücktritt des französischen Kriegsministers

Paris, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der französische Kriegsminister Richefeu ist zurückgetreten. Sein Amt wird vorläufig von Millerand verwaltet.

Dazu macht nun die „Chicago Tribune“ die außenseitigste Mitteilung, daß Leborens unerwilliger Rücktritt erfolgt sei, weil Leborens auf eigene Faust die Besetzung Frankfurts und des Maingaues versucht habe. Diese Maßnahme habe man mit Unrecht Marcelli Koch zugeschrieben, der daran gänzlich unbedingt sei.

Zur Erledigung der noch harrenden Aufgaben wurde eine aus den drei politischen Parteien zusammengesetzte lebensfähige Abwicklungs-kommission bestimmt.

### Innerpolitische Schwierigkeiten Rittis?

Berlin, 4. Mai. (Drahtbericht.) Die „Vossische Zeitung“ meidet ausdrücklich das Vorhaben der Sicherheitskräfte in Südtirol Gegenstand einer neuen Note der Alliierten an Deutschland zu machen, die schon in einigen Tagen abgehen soll. Die Entente-Kommission in Deutschland würde beantragen, eingehenden Bericht über die Truppenbewegung südlich der Ruhr zu erläutern. — Die Pariser Morgenblätter bringen das Vorhaben der deutschen Reichswehr ins Südliche Ruhrgebiet in großer Aufmachung und bemühen sie zum Teile zu neuen Angriffen gegen Deutschland, dem sie unauslöschlich mit Respektlosigkeit vorwerfen. Der Matin befürchtet, der neue Vorstoß des deutschen Militärs in der neutralen Zone schaffe eine Raumung des besetzten Mönchengladbachs für lange Zeit aus.

Berlin, 4. Mai. (Drahtbericht.) In dem Umkreis der Sicherheitskräfte in Südtirol wird uns ein Befehl des Reichswehrministeriums an das Reichswehrkommando 6 mitgeteilt, der anordnet, daß die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Gebiete südlich der Ruhr durch Sicherheitspolizei unter Leitung ziviler Stellen zu erfolgen hat. Gleichzeitig wird die bereits beschlossene Herabsetzung der Truppenzahl in der neutralen Zone angeordnet.

\*  
Darmstadt, 4. Mai. (Drahtbericht.) Gestern nachmittag fand unter Vorsitz des hessischen Staatsministers Ulrich eine Verhandlung der Angehörigen des befehligen Reichsgerichts statt, an der außer dem Reichsminister David der Reichskommissar Stark, Unterstaatssekretär Hirsch vom Reichswehrministerium, Vertreter des Reichsministeriums des Innern und des Reichsberuhungsamtes sowie das gesamte hessische Staatsministerium teilnahmen. Reichsminister David erklärte, die Reichsregierung habe volles Verständnis für die Schwierigkeiten der Bevölkerung des befehligen Gebietes. Diese Lage werde für die Regierung stets Gegenstand besondere Sorge sein. Sie werde helfen, wo irgend möglich. Dies kommt auch schon darin zum Ausdruck, daß bei der heutigen Verhandlung Vertreter aller in Frage kommenden Zweige vertreten seien. Die Verhandlungen erstreckten sich insbesondere auf Fragen der Requisition, Eingangserlaubnisse, außerordentlichen Inanspruchnahme von Gebäuden sowie auf Wirtschaftlicher Art, wie Kohlenlieferung, Ernährungsmöglichkeiten und Lieferung von Vieh, und nicht zuletzt auf Fragen allgemeiner Natur, wie Absonderungsbestrebungen. Die Beratung der einzelnen Fragen wird heute in Mainz fortgesetzt.

Die Meldung kommt uns einigermaßen überraschend, und wir geben sie nur mit allem Vorbehalt wieder. Ritti gerade ist, wie kein anderer italienischer Staatsmann der letzten Jahre, von der Offenheitlichkeit geprägt worden. Selbst die Chauvinistinnen der „Gazzetta dello Stato“ und „Secolo“ machen ihm keine Opposition. Gewiß wurde nach dem Kompromiß von San Remo, wie wir im Leitartikel schon hervorgehoben hatten, Kritik laut. Sie konnte unseres Erachtens aber nur den Sinn haben, die Grundzüge der Rittischen Politik zu unterstreichen, nicht aber, dem Ministerpräsidenten in den Rücken zu fallen. Das um so weniger, als Ritti bei dem Kompromiß sich in der vom Italienischen Standpunkt guten Gesellschaft Lloyd Georges befand und durchaus nicht孤立iert hatte. Innerpolitisch aber gehen die Sozialisten regieren zu wollen, danach wird Ritti seine staatsmännische Klugheit beweisen. Schließlich haben die letzten Kammerwochen ja nicht nur für die Katholiken, sondern auch für die Sozialisten einen beträchtlichen Sieg gebracht.

### Heer und Politik

Von Generalmajor a. D. Prose.

Die Frage, ob die Politik auch in Zukunft von unserer Wehrmacht ferngehalten werden solle, die erst bei der Beratung über das Reichsmilitärgesetz zur Entscheidung kommen sollte, ist nun schon bei Verabschiedung des Wahlgesetzes von der Nationalversammlung entschieden worden. Die Mehrheit hat es abgelehnt, dem Heere das Wahlrecht zu gewähren; außer einigen Deutschnationalen waren nur die beiden sozialdemokratischen Parteien dafür eingetreten. Man kann diese Lösung wohl allgemein mit Genugtuung begrüßen, denn ein politisches Heer wäre eine dauernde Gefahr für den Staat.

Im alten Heere hatte die Politik keine Stätte. Während seiner Dienstzeit gehörte der Soldat keiner politischen Partei an; auch die Sozialdemokratie achtete dies und warnte ihre Anhänger vor jeder parteipolitischen Tätigkeit. Nach dem Reichsmilitärgesetz ruhte für die aktiven Militärs Personen, mit Ausnahme der Beamten, die Berechtigung zum Wählen; auch die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen war ihnen unterstellt. Zum aktiven Heer gehörten die Militärs Personen des aktiven Dienststandes und die aus dem Bevölkerungsstand zu Übungen einberufenen oder in Kriegszeiten aufgebotenen und freiwillig eingetretenen Offiziere, Verzte, Beamten und Mannschaften. In der Praxis erkretete sich diese Beschränkung des Wählrechts für die Mannschaften aber nur auf die Fälle, wo sie während einer Wahlkampagne zu Übungen einberufen waren. In der Zeit, wo sie ihrer Dienstpflicht genügten, standen sie nur in seltenen Ausnahmefällen im wahlfähigen Alter. Lediglich die Offiziere, Verzte und die älteren Unteroffiziere mußten also auf das Recht, zu wählen, verzichten. Das passive Wahlrecht stand ihnen zu, kam aber auch nur in ganz seltenen Fällen zur Geltung. So war der Generalfeldmarschall Graf Moltke lange Jahre Vertreter eines ostpreußischen Wahlkreises im Reichstag und hat als solcher wiederholt bei wichtigen Heeresfragen das Wort ergriffen. Auch gehörten einige höhere Offiziere, wie die Generale Graf Häfeler und von Hahnke, aus königlichem Vertrauen dem preußischen Herrenhaus an.

Für die neue deutsche Wehrmacht entstand nun aber die Frage, ob das kommende Wehrheer die Beschränkung des Wählrechts aufnehmen sollte oder nicht. Der in den früheren Anschauungen groß gewordene Offizier und Sanitätsoffizier konnte einer solchen Einschränkung wohl ohne Bedenken zustimmen. Wie ihn früher der Fahneneid zu Treue und Gehorsam gegen den obersten Kriegsherrn verpflichtete, so bindet ihn heute in gleicher Weise das Geheimnis, „die vom Volke eingesetzte Regierung zu schützen“. Es wird also in der Beschränkung des Wählrechts kaum eine Bevorzugung erfordern. Anders dagegen liegt die Sache bei den Mannschaften. Sie dienen heute 12 Jahre und stehen sehr zum Dienststand schon bei ihrem Dienstantritt im wahlfähigen Alter. Ob sie ohne weiteres freiwillig auf das Wahlrecht verzichten haben würden, steht dahin. Und doch war dies im Interesse unserer Wehrmacht zu wünschen. Schon in rubigen Zeiten brachte die Beschränkung politischer Kämpfe in das Heer den kameradschaftlichen Zusammenhalt wieder, in unruhigen Zeiten aber, wenn politische Streitfragen die Gemüter aufregten und entzweien, würde ein solcher Streit die Regierung ihrer schweren Stütze berauben. Man vergessen dürfte sich einmal, was entstehen möchte, wenn sich in den einzelnen Truppengruppen verschiedene politische Parteien bilden und in Versammlungen bekämpfen würden. Was würde aus der Disziplin, was aus der Autorität der Vorgesetzten werden! Eine Armee ohne Disziplin ist auf alle Fälle eine kostspielige, im Frieden gefährliche Institution. Was der Generalfeldmarschall von Moltke im Jahre 1872 im Reichstage ausführte, das hat auch heute noch seine Gültigkeit.

Je geringer am Zahl unser Heer sein wird, um so höher muß sein innerer Wert sein, um so geschlossener muss es allen von außen anstrengenden Bestrebungen entgegen treten. Sonst kann es seine Aufgabe, die Ruhe und Ordnung im Innern zu sichern, niemals erfüllen, und dann ist bis zum Zusammenbruch nur ein Schritt. Gest vor kurzem haben wir ja erlebt, wohin es führen würde, wenn die Wehrmacht zu politischen Zwecken missbraucht wird. Die Folgen des Anschlages vom 18. März haben das in ersterlicher Feindseligkeit gegenüber unserer Reichswehr bedenklich gemacht und sind auch heute noch nicht überwunden. Dadurch hat auch das Vertrauen weiterer Völkerkreise in die Wehrmacht gelitten. Diese Vorgänge sollten allen Parteien eine Warnung sein und bleiben. Niemals darf das Heer zur Waffe in der Hand einzelner oder einer Partei werden. Deshalb muß jeder einsichtige Staatsbürger, dem an einer ruhigen Entwicklung gelegen ist, wünschen, daß auch in Zukunft die Politik uns keine zu kommen.

Die Meldung kommt uns einigermaßen überraschend, und wir geben sie nur mit allem Vorbehalt wieder. Ritti gerade ist, wie kein anderer italienischer Staatsmann der letzten Jahre, von der Offenheitlichkeit geprägt worden. Selbst die Chauvinistinnen der „Gazzetta dello Stato“ und „Secolo“ machen ihm keine Opposition. Gewiß wurde nach dem Kompromiß von San Remo, wie wir im Leitartikel schon hervorgehoben hatten, Kritik laut. Sie konnte unseres Erachtens aber nur den Sinn haben, die Grundzüge der Rittischen Politik zu unterstreichen, nicht aber, dem Ministerpräsidenten in den Rücken zu fallen. Das um so weniger, als Ritti bei dem Kompromiß sich in der vom Italienischen Standpunkt guten Gesellschaft Lloyd Georges befand und durchaus nicht孤立iert hatte. Innerpolitisch aber gehen die Sozialisten regieren zu wollen, danach wird Ritti seine staatsmännische Klugheit beweisen. Schließlich haben die letzten Kammerwochen ja nicht nur für die Katholiken, sondern auch für die Sozialisten einen beträchtlichen Sieg gebracht.

### Amerikanische Präsidentschaftskandidaten

Washington, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Bei den präsidentlichen Wahlen für die Präsidentschaft stellte sich heraus, daß sowohl General Wood, als auch Senator Johnson günstige Aussichten haben. In den republikanischen Kreisen denkt man ernstlich an eine Kandidatur von Knob.

Washington, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Bryan veröffentlicht eine Erklärung, in der er den demokratischen Senatoren den Rat erteilt, den Versöhnungskriegsertrag unverzüglich zu ratifizieren. Bryan meint, die Ergebnisse der ersten Wahlen hätten gezeigt, daß das Bestreben der Regierung, den Friedensvertrag zu verändern zu ratifizieren, überall verworfen worden sei. Eine Wahlkampagne unter dem Motto „Ratifikation ohne Vorbehalt“ würde mit einer überwältigenden Niederlage enden. Außerdem würden die dringenden Anliegenstellungen innerpolitischer Art dadurch in den Hintergrund treten.

## Neue Kämpfe in Posen

Breslau, 4. Mai. (Drucksbericht.) Noch hier vorbereiteten Gerüchten sollen seit dem 2. Mai abends in Polen neue Kämpfe im Gange sein, deren Ursache in dem feindlichen Bestreben der Polen liegt, sich von der Zentralisierung durch die Warschauer Regierung zu befreien. Das bestätigen, die bei polnischen, im Kreis Willich gefangenen Soldaten gefunden wurden, geht hervor, daß polnische Pläne bestehen, diesen militärischen Kreis bis zu dem Flusse Warthe zu besiegen. Reichsschützen sind zur Sicherung des Kreisgebietes angekommen. Die Beschießung ist stark beschwichtigt.

## Berstärkung der Besatzungsstruppen in Oberschlesien

Oppeln, 4. Mai. (Drucksbericht.) Oberösterreichische Truppen folgen gegenwärtig die oberschlesische Besetzung aufs neue durch französische Truppen verstärkt und zwar durch Truppen, die bisher im schlesischen Abstimmungsgebiet zur Besetzung dienten.

## Strafgefangene in Aktion

Beuthen, 4. Mai. (Drucksbericht.) Im Beuthener Gerichtsgefängnis forderten einige Strafgefangene, die wegen des Richterstreits nicht abgetrennt werden können, daß sie sich an die Internationalen Kommission wenden könnten mit dem Anliegen, daß die deutsche Justiz wieder eingezogen werde. Da dem Verlangen nicht sofort stattgegeben wurde, gestrichen die Gefangenen die Einrichtungen der Zellen und schlossen auf den Fenstern Sicherheitspolizei, die sofort eingriff, machte von der Schuhwolle Gebrauch und stellte im Gefängnis die Ruhe wieder her. Vor dem Geständnis sammelte sich eine große Menschenmenge an. Darauf nahmen polnische Polen nahmen eine drohende Haltung gegen die Sicherheitspolizei an und sympathisierten mit den Gefangenen, die aus den Fenstern riefen. Nachmittags zog die französische Wache im Gefängnis auf.

Beuthen, 4. Mai. (Drucksbericht.) Heute vormittag traten die oberschlesischen Landesbehörden in den Streik. — Seit gestern früh streiken die Gehilfen im Muster- und Tapeziergewerbe in Oberschlesien.

## Die Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und Lettland vor dem Abschluß

Berlin, 4. Mai. (Drucksbericht.) Die Verhandlungen, die seit mehreren Tagen zwischen Vertretern der lettischen und der deutschen Regierung im britischnen Auswärtigen Amt über den Abschluß eines Vorfriedens geführt werden, stehen, wie das "Berliner Tageblatt" von lettischer Seite erfaßt, unmittelbar vor dem Ende. Man glaubt in den beteiligten Kreisen bestimmt, daß die Verhandlungen zur Unterzeichnung des Vorfriedens führen werden. Beide Parteien haben sich bereits auf den Vertragstext geeinigt, der, wie man annimmt, noch heute unterschrieben werden wird. Ein Abkommen über den Gefangenenaustausch ist übrigens bereits von beiden Parteien abgeschlossen.

Die Verhandlungen, die zwischen der russischen Sowjetregierung unter Joffe und den Delegierten der lettischen Regierung jüngst in Moskau über den Abschluß eines Friedens geführt werden, nehmen nicht den gewünschten Verlauf.

## Auslösung der Sicherheitswehr in Marienburg

Marienburg (Ostpreußen), 4. Mai. (Drucksbericht.) Die bisher hier bestehende Sicherheitswehr wird auf Befehl der Internationalen Kommission aufgelöst und neu gebildet. In fünf Tagen soll die Umbildung erledigt sein. Von den alten Mannschaften werden nur solche übernommen, die im Abstimmungsgebiet geboren sind oder vor 1915 hier zugewandert waren; die Offiziere bleiben. Für die Neu-einführung der Mannschaften ist zwar nicht ausdrücklich gesagt, daß die Nationalität der Bewerber berücksichtigt werden soll, doch erhofft man von politischer Seite, daß unter dem französisch-polnischen Druck der polnischen Bewerber eine Bedavorung erfahren werden.

**Der Streik der Binnenschiffer**

dauernd unverändert fort. Der eigentliche Grund ist in dem Bestreben des Verbandes zu sehen, als verhandlungsfähig anerkannt zu werden, nachdem er die wirtschaftlichen Forderungen des Transportarbeiterverbandes übernommen hatte. In den am Freitag vorher Woche anhörenden dem Arbeitsgeberverband und dem Transportarbeiterverband, Sektion Binnenschiffer, sowie dem Zentralverband der Maschinen- und Holzgeräteproduktionen Besprechungen wurde festgestellt, daß der abgeschlossene Tarifvertrag unter allen Umständen beibehalten werden müsse. Der Transportarbeiterverband stellte sich bereit, bei seinen Mitgliedern daran hinzuzweisen, daß die Vertrags-

freude unbedingt gehalten wird. Infolge der Höhe des Verbandes der Binnenschiffer sind aber zahlreiche Mitglieder des Transportarbeiterverbandes mit in den Streik hineingezogen worden, so daß tatsächlich die gesamte Binnenschifffahrt der Elbe und der mährischen Wasserstraßen stillgelegt. Mitarbeiter werden bis Arbeiter durch radikale Elemente an der Übernahme des Arbeit gehindert. Durch den Streik werden insbesondere die Reichspostreise, die Post und der Magistrat Berlin schwer bedroht. Das Maß der Reichsgetreidebestände, das jetzt schwimmt, hat bereits vier Wochen in Stettin wegen des dortigen Hafenarbeitsausstausches liegen müssen. In den Berliner Höfen liegen 26.000 Zentner Kartoffeln. Nach Aussage eines Vertreters des Berliner Magistrats geben von diesen Kartoffeln, die aus Dänemark kommen, höchst 10 Prozent der Ladung durch Faulnis verloren. Es muß also festgestellt werden, daß die Lebensmittelzufuhr der Bevölkerung schweren Schaden leidet, wenn nicht bald Maßnahmen getroffen werden, um diesem unholzbaren Zustand ein Ende zu bereiten.

## Neue Forderungen der Zwischenarbeiter

Schiffbauindustrie. — Abschaffung des Akkordarbeits- Erhöhung des Löhnes.

Dresden, 4. Mai. (Drucksbericht unserer Dresden) Der handelsrechtlich gerechte Zentralrat der Bergarbeiter des Zwickauer Steinkohlenbezirks, die Freie Bergarbeiter-Union, hat den Arbeitgebern neue Forderungen überreicht. Er verlangt 8½ Stunden Arbeitzeit einschließlich Eins- und Aussatz, Abschaffung des Akkordarbeits, Verhöhung der Bergarbeitermonopole und Lohnsteigerung rückwärts vom 1. April 1918. Auch für alle 18-jährigen Arbeitern ein Tagelohn von 86. — Ich bezahlt wird. Bei jedem vollendeten Lebensjahr soll eine Steigerung von 3. erfolgen, daß Arbeiter im Alter von 24 Jahren 60. — Mindestlohn täglich erhalten. Die Kinderzulagen sollen gleichfalls erhöht werden. Diese Forderungen werden mit der Forderung gestellt, daß die Kohlenpreise nicht erhöht werden dürfen. Weitere Forderungen betreffen die Einführung von Betriebsräten, Mindestlumpensatz, Erhöhung des Krankengeldes usw. — Der Bergbauleute Verein lehnt es ab, mit der Union zu verhandeln. Trotzdem erhält in diesen Tagen neue Vereinbarungen zwischen dem Bergbauleutenverein und den Bergarbeiterverbänden getroffen worden, besagt doch die Gefahr, daß die an gehörigkeiten Hebe, die die Union betrifft, zu neuen Erhöhungen im Zwickauer Steinkohlen-

verein führen kann.

## Eine Rundreise des Ernährungsministers

Berlin, 4. Mai. (Drucksbericht.) Wie das "Berliner Tageblatt" erfaßt, begibt sich Reichsernährungsminister Dr. Hermann morgen abends mit einem Referenten seines Ministeriums und in Begleitung des Vorstandes der Reichsgetreidebestände nach Köln, um mit den Behörden des befehlten Gebietes eine Anzahl aktueller Ernährungsfragen zu besprechen und auf der in Köln stattfindenden Tagung der rheinischen Bauernschaft über die Lage unserer Ernährung zu berichten. Im Anschluß an diese Reise wird sich in allerdankt Zeit Hermann auch den Süddeutschen Regierungen einen Besuch abholen. In München dürften die vorige Woche mit dem bayrischen Landwirtschaftsminister Wangelhofer in Berlin ausgegangenen Verhandlungen, die ein stärkerer Rückzug der Reichskriegsregierung und der bayrischen Regierung in den Ernährungsfragen bezeichnen, fortgesetzt werden. Einer der wichtigsten Punkte, der allerdings noch nicht zu einer Übereinstimmung führte, war ein Antrag Wangelhofers, mit den Eingriffen in die neue Ernte so lange zu warten, bis die Möglichkeit einer gleichmäßigen Verteilung gegeben sei. Dagegen stand Wangelhofer vor, die Produktion durch genügende und gleichmäßige Verschaffung von Kunstdünger zu fördern.

## Handelskredite für Deutschland

Zürich, 4. Mai. (Drucksbericht.) Auf der Mailänder Börse verlautete, daß Italien in Spa der Konferenz den Antrag auf Gewährung von Handelskrediten der Alliierten für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands unterstellt werde. Der Antrag erfolgte auf Grund eines Beschlusses des rumänischen Ministerrates.

Monsignore Pacelli päpstlicher Vertreter in Berlin. Wie das "Berliner Tageblatt" hört, steht die Ernennung des bisherigen päpstlichen Vertreters in München, Monsignore Pacelli, zum päpstlichen Vertreter bei der Berliner Regierung unmittelbar bevor. Über seinen Nachfolger ist noch nichts bekannt, doch wird die bayrische Kanzlerat aufmerksam bleiben.

Die Wirtschaftliche Vereinigung des gesamten Mittelstandes von Charlottenburg hat, wie die "Neue Zeit" meldet, in ihrer letzten Sitzung beschlossen, für die bevorstehenden Reichstagswahlen eigene Kandidaten aufzustellen.

## Versteigerung der Sammlung Davidsohn

Bei C. G. Börner begann am Montag die Versteigerung der Sammlung Paul Davidsohn, einer der bedeutendsten und kostbarsten Sammlungen alter Gemälde, die in deutschem Privatbesitz steht. Welche an dieser Stelle schon ausführlich berichtet wurde. Wegen des überaus großen Andrangs von Interessenten konnte die Versteigerung nicht in den Räumen des Hauses Börner stattfinden, sondern wurde nach dem großen Saale des Lübecker Hauses am Neumarkt verlegt, wo in den letzten Jahren die Messeauflösungen des Wirtschaftsverbands Deutscher Kunstabnehmer und die Leipziger Jafo-Kunstauflösungen stattgefunden haben.

Je größer Zahl sind die deutschen Kunsgaläten und Museen vertreten. Zu der Versteigerung erschienen Schelm, Dr. Friedländer vom Käfig-Schuhhaus Berlin, General Lehmann-Dresden, Wehrmachts-Stabsoffizier, Direktor Wegmann-München, Dr. Hans-Joachim-München, Direktor Prof. Dr. Graul, Dr. Voß, Dr. Friedrich-Schäfer-Leipzig, weitere sind ferner die Kunsthalle Hamburg, die Lutherhalle Wittenberg, die Hofkulturbühne Wien.

Von namhaften Kunstsäldnern hat man verstecktes Amsterdamer, Barthélémy-Paul-Garne, Holstein & Puppel, Altkunst (Berlin), Karl W. Hiersemann, P. A. Beger, Steigel (Leipzig), Preßel, Jäger (Frankfurt), Guttmann & Jäsch, Galerie-London Jacques Rosenholz, Hoh. J. Helle (München), Gilhofer & Rauchöberg, Gustav Rebholz (Wien) u. a.

Das größte Interesse beanspruchten am Montag die deutschen Meister Heinrich Aldegrever und Albrecht Altdorfer. Für Altdorfer wurden folgende Ergebnisse erzielt: Ammon und Thamar, letzterer erster Abdruck 4000. — Maria Verkündigung 2000. — die Jungfrau mit dem Kind, seltes Blatt, 2000. — Die Arbeiten des Beckius 3000. — die seltsame Folge des Totentanzes 2000. — die Folge der großen Hochzeitsszene 6100. — Johannesträger in einer Rundschale 3000. — Bernhard Knüpferdinger, ein Kompositblatt des Meisters, 3500. — zwei Selbstbildnisse, je 2400. — schöne Abdrücke verschiedener Dürerblätter 2000 bis 2750. — nachst. Kinder beim Reitturnen 2500. — die reichsarbeitende Dürerblätter 1500 bis 6100.

Auflagenmäßig hohe Preise brachten auch die Kupferstiche Altdorfers. So werden bepaßt die Ruben im Agapites mit 3400. — Christus am Kreuz mit 2100. — die Madonnen erzielten 1600, 2500 und 3000. — der heilige Christopherus 3300. — der heilige Hieronymus 3000. — Hercules und eine Muße, erster Zustand, 9700. — Neptune und Amphione 7000. — Pyramus und Thisbe, ein sehr schönes Blatt, 8000. — Ritter mit Drut und Reich 6000. — Violinpieler 6000. — Deckelblatt 3400. — Doppelkopf 4000. — Martin Luther, eines der schönsten Blätter im Werke des Meisters, fiel auf 10.000. — und die Gießkasten.

ein sonst nur in zwei Exemplaren bekanntes Blatt, auf 16.000. — Ein Blatt von Jacques Callot mit aus dem 18. Jahrhundert, Madame Greuze Schlafend, wurde mit 4000. bezahlt.

Von den Holzschnitten Altdorfers wurden bezahlt für die Auflistung 4400. — die Bilderrötel 2000 und Erhöhung der Mensuren 9200. — Aufzeichnung 4400. — Ein Sechziger kauft vor der hl. Jungfrau 6100. — Entzündung Johannes des Täufers 7400. — Hieronymus 4000. — Das große Laubfrosch 7800. — Von Joan Andreu: Asperges. Die Grablegung 4800. — Langende Frauen 3200. — 12. Blatt Ornamente 10.300. — anonyme Hymn. und Melismen 10. — der 15. Jahrhunderts 3000 bis 7400. — ein ansonst englisches Schaubauskunft Vorfall eines kleinen Herrn 6100. — James Mac Ardell Aubens mit Frau und Kind wurde mit 8600. bezahlt. Endlich Bachwurzels Folge der Marionen mit 4000. — Baldini's Antiquitäten mit 4500. — Hans Baldung gen. Ortfried Schaffhausen ergab 8800. — die Gruppe von lieben Dienstern 3200. — seine Hegen, ein äußerst tollerer Gold-objekt-Schiff, 65.000. — Nach Jacobo da Barberi steht im Preis. Seine Judith brachte 9200. — Hieronymus 6100. — Schutzhengel 4700. — Triton und Nereide 4200. — das Prinzip-Drama 16.000. — drei nackte Männer, an einen Baum gebunden, 20.800. — Mars und Venus 27.500. —

Der Sehiger der eingesetzten Sammlung, Paul Davidsohn aus Berlin-Grunewald, mohns der Versteigerung bei. Dr. L. St.

Lieber, und Balloden-Abend von Oscar Schaefer. Im Klavier Max Ludwig. Zu einem richtigen Sänger gehört dreiseitig: Stimme, Schulung und innere Erfahrung. Diese Grundbedingungen erfüllt Herr Schaefer. Er weiß, daß er über Stimmtalent verfügt, er versteht es, sie am rechten Ort in der günstigsten Weise wirken zu lassen. Diese Technik und dieses Weise. Wie man den künstlerischen Gesangstanz teilt er mit so manchem Liebhaber. Was ihn aber besonders anszieht, ist seine innere Ausdrucksfähigkeit, seine Gefühlswiegsamkeit. Dafür hat er ein ungemein sanftes und empfindliches Gesicht, das zwischen Romantik und östlichem Naturalismus schwankend Weinen sie besonders Empfindlichkeit zu haben glauben mag. Romantisch Schreiblinien sind es ihr angehören zu haben, obwohl gerade bei ihm rhythmisch viel zerstreut. Das hat zur Folge, daß auch Edith von Schrems in diesen Stücken mit ihrem schlanken Gleichen oft nur verharmlosen kann.

Genannt ist das erste "Prallbaum" (in ganz saftigen braunen Schleieren) und die paar Takte der "Quelle" von Skriabin, hier waren Höhepunkte, diese Art Musik in Bewegung umzusetzen. Doch bleibt Max Frohne offen, ob die jungen frischen fünf Brocks-Welten (goldener Schleier auf stumpfem Grund) über der ganz auf Temperament gestellte Mayrak von Chopin nicht die ursprünglichste charakteristische Qualität auch bei Edith von Schrems darstellen. Bobenreiter und damit kraftvoller sind diese Tänze ebenfalls als die Bewegungen und Schritte zu Edward Colpus auf Triolengetriebte gestellte halbwundes "Musikstücke", die leider noch immer nicht von den jungen so guten Tanzprogrammen verschwinden. Der Sehiger von Anfang an lebendig, wäre zum Schluss lieber auch ohne den anstrengenden Tempofasten nicht weniger bergig gewesen. — Max Wansche begleitet mit feinfühliger Sicherheit, man freut sich darüber, an dem Werk, wie er mit kinderleichtem Instinkt zwischen den Tänzen kleine moderne Sachen gibt, so gestern abend in der ersten Suite ein kleines kleines Stück von Niemann mit einer wundervoll gerührtem Toda.

Edith von Schrems. Nach mehrmaliger Absage — das zweitmal sogar erst an der Abendkasse bekanntgegeben — sang Edith von Schrems, die Hellerauerin, gestern abend im Zentraltheatercafe. Sie wählt viel russische Gesamtstücke, für deren oft müdes zwischen Romantik und östlichem Naturalismus schwankend Weinen sie besonders Empfindlichkeit zu haben glauben mag. Romantisch Schreiblinien sind es ihr angehören zu haben, obwohl gerade bei ihm rhythmisch viel zerstreut.

Das zurzeitige soziale Leben der Stadt, das in der Konservativen

## Zu dem Austritt der 20 Leipziger Herren

aus der Deutschen Demokratischen Partei und deren Übertretung zur Deutschen Volkspartei erhalten wir folgende Zuschrift:

Man ist versucht zu sagen: „Je mehr Feind, je mehr Frei.“ Es ist gar nicht anders denkbar, als daß eine Partei, die zwischen zwei Extremen steht, von beiden Seiten starke Angriffe zu erleiden hat. Ließt man die Ausführungen obiger Herren, so sollte man glauben, die Deutsche Demokratische Partei sei zu sehr in das sozialdemokratische Fahrwasser geraten, und verfolgt man die linkenradikale Presse, so wird ungekämpft den Regierungsbündlern des Vortages gemacht, daß sie gar keine Sozialisten mehr wären, sondern sich von den Bürgerlichen, also in der Hauptstadt doch wohl den Demokraten, hätten ins Schlepptau nehmen lassen. Nicht kann besser bewiesen, daß die Deutsche Demokratische Partei die rechten Wege gegangen ist, als diese beiderseitigen Verdächtigungen. Sie kann sich kräftig mit seinem Richter, der dann den besten Beweis für einen guten Vergleich zwischen zwei Streitparteien in der Hand hat, wenn beide Teile mit dem Vergleich einverstanden sind. Und eine Ausgleichspartei ist nun einmal die Deutsche Demokratische Partei und will es sein, zu einem Ausgleich gehör, aber auch immer ein gewisses Maß von Selbstverleugnung und Pragmatismus vielleicht Erreichbare, nach Lage der Dinge jedoch nicht Erreichbare. Ein magerer Vergleich ist noch immer besser gewesen als ein gewonnener Prozeß. Auf weiser Seite der Erstgenannten wird, wenn es zu allem Überfluß in Deutschland noch zum Kampf zwischen der extremen Rechten und Linken kommt, sicher schwer vorauszusehen. Sicher ist dogmatisch, daß ein solcher Kampf ein Meer von Elend und Blut über unser Land bringen würde. Und dieses zu vermeiden, muß das vornehmste Ziel jedes Bürgers sein, der wirklich nationale Politik treiben will und nicht nur das Wort "national" im Mund führt. Möge darum die Deutsche Demokratische Partei unbefriedigt auf dem Wege weiterwandeln, den sie allen Einsteigern zum Trost selber gegangen ist, um vorübergehende Einbußen. Eins ist sicher: Ein Ausgleich der entgegengesetzten Interessen und damit eine Fundierung unteres politischen und volklichen Lebens ist die wichtigste, unbedingt zu lösende Aufgabe der nächsten Zukunft, und nach Lage der Dinge ist ein solcher Ausgleich nur auf dem Boden der Demokratie erreichbar. Ein wahrer Demokrat.

## Die demokratischen Reichstagshandikanten für Ostpreußen

Dresden, 4. Mai. (Drucksbericht unserer Dresden) Gestern vormittag trat der Vertretertag des Wahlkreisverbandes Ostpreußen (Dresden) der Deutschen Demokratischen Partei im Speisesaal des Neustädter Bahnhofs in Dresden zum Zwecke der Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehenden Reichstagswahlen zusammen. Die Verhandlungen führten zur Aufstellung des bisherigen Abg. Oberbürgermeister Dr. Kühl, Jüttner als Führer der Kandidatenliste. Der bisherige soziale demokratische Abgeordnete Theodor Steinbäcker-Jüttner hatte eine Wiederaufstellung als beruflicher Grund abgelehnt. Dagegen stellten die Sozialdemokraten den Provinz-Rathauswahlkreis des Reichsministers Dr. Dehns-Dresden aufgestellt.

## Demokratische Reichstagshandikanten

Halle, 4. Mai. (Drucksbericht.) Als Kandidaten für die Reichstagswahl stellt die demokratische Partei für den Reichstagswahlkreis Merseburg (12. Wahlkreis) auf: Oberpostdirektor Deilius-Halle, Oberstaatssekretär Koch-Unterschmidt und Reichsanwalt Dr. Schreiber-Halle.

Unfall des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei, Wels, erlitt am Montag durch einen unglücklichen Sturz beim Turnen einen schweren Unfall. Eine Verletzung am Knie machte seine Überführung in das Krankenhaus notwendig.

Der bisherige sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Einhöfer hat eine neue Kandidatur abgelehnt. Dagegen stellen die Sozialdemokraten den Provinz-Rathauswahlkreis des Reichsministers Dr. Davids auf den Sitz.

Der sozialdemokratische Senator Wurm, der in der Revolutionszeit von November 1918 bis Februar 1919 Staatssekretär des Reichsvermögens war, ist Montag abend an den Folgen einer Operation gestorben.

Admiral von Trotha ist aus der Schuhhaft entlassen und das Verfahren gegen ihn niedergeschlagen worden, da sich herausgestellt hat, daß der Admiral von dem Kapp-Dörfel keinerlei Kenntnis gehabt hat und die im Zusammenhang mit seiner Reise nach Österreich gegen ihn erhobenen Beschuldigungen grundlos waren.



